A-01-064-3

Zukunft ist, was wir draus machen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu A-01

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:
noch nicht an ihm teilhaben. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für das Klima und die Umwelt. Hierfür ist der Kohleausstieg umgehend und die für unsere Lebensgrundlagen existenzielle Bodenfrage zeitnah anzugehen Für gelingende Integration sowie Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Für den Zusammenhalt in einem Land, in dem sich jede und jeder verwirklichen kann. Für ein

Begründung

Umwelt, Landwirtschaft, Energieversorgung, Infrastruktur und Stadtentwicklung sind auf die Nutzung von Grund und Boden angewiesen. Die Konflikte hierzu werden in naher Zukunft auch bei uns erheblich zunehmen. Im Aussenbereich tobt schon heute ein Kampf um nutzbare Flächen (Landwirtschaft, Forst, Naturschutz, Rohstoffgewinnung, Windkraft, Energiepflanzen, Infrastruktur, zusätzliche Siedlungsbedarfe). Die explodierenden Grundstücks-, Landwirtschafts- und Waldflächenpreise sind die ersten Vorboten. In anderen Ländern gibt es schon zunehmend kriegerische Konflike hierzu. Die Lösung dieser umfassenden und komplexen Problematiken bedarf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Für diese Art von Bürgerbeteiligung und -teilhabe bedarf es neuer Instrumente und umfassende Novellierungen bestehender. Eine künftige Bundesregierung muss sich dieser Themen widmen. Bündnisgrüne Kernanliegen zum Wohle der ganzen Gesellschaft wie Natur- und Umweltschutz, bezahlbarer Wohnraum, Energiewende und lebenswerte Städte, sprich die Werte unserer europäischen Kultur für uns und unsere Kinder bleiben ansonsten auf der Strecke. Die derzeitige Entwicklung der Bodenpreise ist einer der stäfsten Treiber der zunehmend ungerechten Vermögensverteilung und damit entscheidend für die steigende soziale Ungerechtigkeit.

Prof. Otmar Edenhofer vom PIK (www.pik-potsdam.de/members/edenh) konstantiert ganz klar: "Die Inflation der Vermögenspreise verhindert, dass die globale Infrastrukturlücke auf nachhaltige Weise geschlossen werden kann. - Es bedarf eines makroökonomischen Umfeldes, das Investitionen in Sachkapital und Infrastruktur fördert." (LDK Bbg Nov.2016)

weitere Antragsteller*innen

Andreas Walter (Potsdam KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ines Advena (Münster KV); Dietlinde Bader-Glöckner (Karlsruhe-Land KV); Astrid Tag (Berlin-Pankow KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sebastian Heilmann (Lüneburg KV); Ralf Bohr (Bremen-Ost KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV);

Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Stefan Schön (Oberspreewald-Lausitz KV)